

Medizinethikerin weist auf seelische Folgen nach Abtreibungen hin

IMABE-Geschäftsführerin Kummer mahnt wissenschaftlich fundierte Studien ein, "um jenen Frauen, die nach einer Abtreibung mit psychischen Problemen zu kämpfen haben, auch eine adäquate Hilfe leisten zu können" - "Und wir müssen intensiver in die Aufklärung der Risiken investieren"

Wien, 15.02.2019 (KAP) Für wissenschaftlich fundierte Studien über seelische Folgen bei Frauen nach Schwangerschaftsabbrüchen hat sich die Geschäftsführerin des Wiener Bioethik Instituts IMABE, Susanne Kummer, ausgesprochen. Sie äußerte sich gegenüber "Kathpress" anlässlich der aktuellen Debatte in Deutschland, mahnte zugleich aber auch eine entsprechende Studie für Österreich ein. Das deutsche Bundesgesundheitsministerium will eine derartige Studie durchführen und nimmt dafür rund fünf Millionen Euro in die Hand.

Man wolle Informationen zu Häufigkeit und Ausprägung seelischer Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen gewinnen. Es sei vernünftig, Geld in die Antwort auf die Frage nach dem Leid der Frauen zu investieren, so Staatssekretärin Sabine Weiss am Mittwoch bei der Regierungsbefragung im deutschen Bundestag. Es gebe in Deutschland noch keine entsprechende Untersuchung. Kritiker bezeichneten das Vorhaben der deutschen Regierung hingegen u.a. als "Skandal". Teile der SPD sowie FDP, Linke und Grüne kritisieren die Studie als überflüssig.

Wie Kummer gegenüber "Kathpress" sagte, gibt es laut WHO weltweit jährlich 56 Millionen Abtreibungen. Alleine in Deutschland sind es mehr als 100.000 Schwangerschaftsabbrüche jährlich. Österreich sei eines der wenigen westlichen Länder, für das keine offiziellen Zahlen vorliegen. Kummer: "Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, vorurteilsfrei Fragestellungen zu durchleuchten und valide Ergebnisse anzustreben - auch was die psychischen Folgen nach Abtreibung bei Frauen anlangt."

Bisher erschienenen Studien in anderen Ländern zu Folgen nach Abtreibung zeichneten kein einheitliches Bild und unterschieden sich erheblich in ihrer Qualität. Es sei deshalb "im Interesse aller, evidenzbasierte Medizin auch im Bereich Schwangerschaftsabbruch zu fördern." Nur so könne man jenen Frauen, die nach einer Abtreibung mit psychischen Problemen zu kämpfen haben, auch eine adäquate Hilfe leisten statt das Problem zu tabuisieren und sie alleine zu lassen, betonte die Bioethikerin. Nachsatz: "Und wir müssen intensiver in die Aufklärung der Risiken investieren"

Die bislang umfangreichste Studie, die die psychischen Risiken nach Abtreibung untersucht, wurde laut Kummer 2011 im "British Journal of Psychiatry" publiziert. Die Studie analysierte die Daten von 877.181 Frauen aus den Jahren 1995 bis 2009, von denen 163.831 eine Abtreibung hinter sich hatte. Die Meta-Studie kam unter anderem zu folgenden Ergebnissen: Frauen, die abgetrieben haben, hatten ein um 81 Prozent höheres Risiko, unter psychischen Problemen zu leiden im Vergleich zu ungewollt schwangeren Frauen, die ihr Kind zur Welt brachten.

Im Vergleich zu Frauen, die nicht abgetrieben haben, litten Betroffene signifikant öfter unter Angstzuständen und Depressionen. Insbesondere sei das Risiko, eine Sucht zu entwickeln höher, ebenso waren Suizidversuche und Suizide signifikant häufiger. Junge Frauen seien offenbar besonders gefährdet, nach einer Abtreibung seelisch zu erkranken, so Kummer.

Sie verwies auch auf eine weitere im Jänner 2019 publizierte Studie: Südkoreanische Gynäkologen untersuchten demnach 5.133 Frauen in der letzten Phase der Wechseljahre, die in ihrem reproduktiven Alter entweder eine oder mehrere Abtreibungen oder spontane Fehlgeburten erlitten hatten. Bei Frauen mit spontanen Aborti konnte kein Zusammenhang zwischen deren Anzahl und Selbstmordgedanken festgestellt werden. Hingegen konnte bei jenen Frauen, die drei oder mehr Schwangerschaftsabbrüche hinter sich hatten - sie machten 27,6 Prozent der untersuchten Gruppe aus - auch nach Bereinigung durch andere mögliche Faktoren ein 1,66-fache höheres Risiko für Suizidgedanken sowie Neigung zu Stress und Depressionen festgestellt werden.

Kummer verwies auch auf die heimische Bürgerinitiative "#fairändern" für eine umfassendere Aufklärung von Schwangeren in Not sowie die Abschaffung der eugenischen Indikation. Letztere komme einer gesetzlichen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung gleich. Die bisher von 56.000 Österreichern unterstützte Initiative, die in dieser Woche auch im parlamentarischen Petitionsausschuss behandelt wurde, fordert außerdem eine offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Abtreibungen in Österreich sowie bessere Beratung, Hilfestellung und eine verpflichtende Bedenkzeit vor einem Schwangerschaftsabbruch.

Seriöse Zahlen über Schwangerschaftsabbrüche und eine davon unabhängige regelmäßige, anonymisierte Erforschung der Motive von Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden, fordert auch eine weitere, ebenfalls von mehr als 50.000 Menschen unterstützte Bürgerinitiative mit dem Titel "Fakten helfen!". Sie wird seit längerer Zeit im österreichischen Parlament behandelt und liegt derzeit im Gesundheitsausschuss.